

Sehr geehrte Frau Hagenbruch,

vielen Dank für Ihre Nachricht und bitte um Entschuldigung, dass die Beantwortung einige Zeit gedauert hat. Ich bin derzeit viel unterwegs und sitze kaum vor dem PC. Das erschwert es die zahlreichen Anfragen zeitnah zu beantworten. Anbei erhalten Sie nun meine Antworten.

Zu 1.

Ja. Mir persönlich ist es wichtig, den Flächenverbrauch zu begrenzen. Der European Green Deal bietet beste Chancen dies europaweit in Angriff zu nehmen und auch festzulegen, auf welche Art dies erfolgen soll. Auch auf Bundesländerebene gibt es hier seitens der CDU bereits Initiativen zur effektiven Begrenzung des Flächenverbrauchs.

Zu 2.

Das von der Bundesregierung vereinbarte 30-ha-Ziel halte ich für zu unambitioniert. Erfreulich ist allerdings, dass der Flächenverbrauch in den letzten 30 Jahren zurückgegangen ist. Eine Halbierung als Zwischenziel unterstütze ich gerne.

Zu 3.

Nein. Für mich, der selbst kommunalpolitisch aktiv ist, ist das Unfug. Wir werden auch zukünftig wachsende Unternehmen haben, die in Deutschland Platz zu Expansion haben müssen. Nichtstun zu belohnen halte ich für keinen guten Ansatz. Die Stärkung von interkommunalen Projekten (z.B. Leimen/Heidelberg) und von Ertüchtigung/Optimierung vorhandener Flächen ist aus meiner Sicht effektiver und setzt die richtigen Anreize. Die Kommunen brauchen hier Flexibilität.

Zu 4.

Ja. Ich möchte sorgsam mit unseren Böden umgehen. Daraus leitet sich ab, dass die Versiegelung weiter reduziert und die Entsiegelung und die Nachnutzung von bereits versiegelten Flächen voranrieben werden muss. Dort, wo in einer Kommune Eingriffe in Natur und Landschaft beschlossen werden, gilt es die Kompensationsvorschriften des Naturschutz- und des Baurechts zu überprüfen und Kompensationsmaßnahmen so weiterzuentwickeln, dass sie zielgerichtet die Biodiversität in der Region fördern und auf den Bodenschutz einzahlen.

Zu 5.

Die konkrete Entscheidung muss in der oder den Kommunen vor Ort getroffen werden. Ich selbst halte im Grundsatz den Erhalt von landwirtschaftlichen Flächen für wichtiger.

Zu 6.

Ja. Hier liegt nach meiner Wahrnehmung ein riesiges Potenzial brach, das zu heben ist. Aufstockung, Verdichtung und Überbauung führen allerdings, das muss bei dieser Diskussion ehrlich beachtet werden, nach meiner Erfahrung innerhalb des bebauten Bereichs zu erheblichen Konflikten mit der Nachbarschaft.

Zu 7.

Das wäre eine Katastrophe. Ich bin derzeit sehr häufig mit Landwirten im Gespräch. Gerade in unserer Region haben die (oft kleinen) Betriebe nur eine Chance, wenn sie keine weiteren Flächen mehr verlieren.

Zu 8.

Ich denke man sollte ihn Ende 2022 auslaufen lassen. Ergänzend wäre es gut, das Bauen im Innenbereich, Aufstockung und Nachverdichtung rechtlich zu erleichtern bzw. Verfahren dort zu straffen. Denn - und das muss am Ende gesagt werden - ist und bleibt natürlich der Konflikt zwischen Bodenschutz und der steigenden Nachfrage nach Wohnraum sicherlich ein Konfliktfeld, das uns auch zukünftig beschäftigen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Alexander Föhr

Bundestagskandidat (CDU) für den Wahlkreis Heidelberg/Weinheim
Kreisvorsitzender der CDU Heidelberg
Stadtrat

Kreisgeschäftsstelle:
Gewerbestraße 2-4
69221 Dossenheim

Mobil: (+49) 173 / 3052397
Mail: kontakt@foehr2021.de
Web: www.alexander-foehr.de